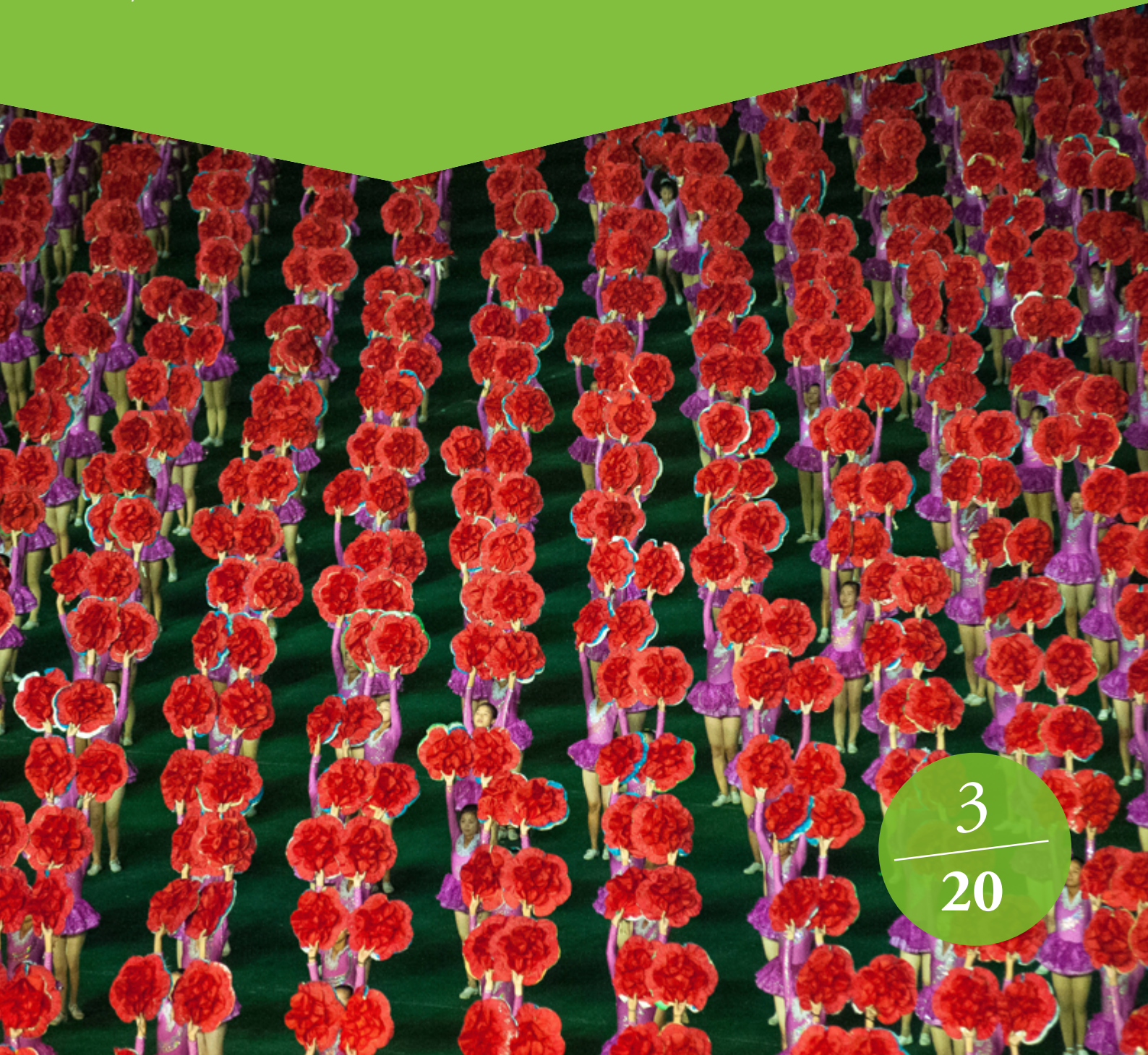




Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



3
—
20

Das Ende der Konfrontation. Gorbatschows „Neues Denken“ und seine Folgen

von Klaus Gestwa

Teil 1



Ost-Berlin, Zentrale der Staatssicherheit der DDR in der Normannenstraße am 19. Februar 1990
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Rolf Zöllner

Am 15. Oktober 1990 gab das vom norwegischen Parlament benannte fünfköpfige Komitee bekannt, den damaligen Friedensnobelpreis dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow in Anerkennung für seine mutige Politik des „Neuen Denkens“ zu verleihen. Diese hatte das Ende des Kalten Kriegs und die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass genau an diesem Tag Gorbatschows kongenialer Außenminister Eduard Schewardnadse (1928–2014) im Obersten Sowjet die Moskauer Außenpolitik verteidigen musste und in diesem höchsten parlamentarischen Gremium der Sowjetunion von zahlreichen Abgeordneten hart angegangen wurde.¹ In seinen Erinnerungen schrieb Gorbatschow später, dass die Verleihung des Friedensnobelpreises bei ihm „widersprüchliche Gefühle“ ausgelöst habe. Einerseits schmeichelte ihm der Preis, weil



Michail Gorbatschow bei seiner Friedensnobelpreisrede am 5. Juni 1991. Zur Preisübergabe am 10. Dezember 1990 war aus politischen Gründen stellvertretende Außenminister Anatolij Kovalev (1932–2002) nach Oslo gereist.
Foto: ullstein bild/SPUTNIK

er damit in das Pantheon großer Politiker aufgenommen worden sei. Zudem erhoffte er sich von der Auszeichnung die dringend notwendige Unterstützung für sein damals ins Stocken und in die Kritik geratenes innergesellschaftliches Reformwerk. Andererseits wusste Gorbatschow, dass zuvor nur oppositionelle osteuropäische Politiker wie der sowjetische Dissident Andrej Sacharow (1975) und der polnische Gewerkschaftsführer Lech Walesa (1983) den Friedensnobelpreis erhalten hatten. Dessen Verleihung galt darum in Moskau vielen als „antisowjetische Provokation“ und „Ehrung für politischen Verrat“.²

Der bewunderte, verspottete und erschöpfte Friedensnobelpreisträger

Tatsächlich zeigten damals durchgeführte Meinungsumfragen, dass 90 Prozent der sowjetischen Bevölkerung Gorbatschows Auszeichnung nicht billigten. Während andere Staatsoberhäupter Gorbatschow als „Baumeister eines neuen Europas“ und als „Missionar eines Jahrhundertwandels“ zum Friedensnobelpreis beglückwünschten,³ stapelten sich auf dem Präsidentenschreibtisch im Kreml Briefe von erzürnten Sowjetbürgern und -bürgerinnen. Darin war zu lesen, Gorbatschow habe den „Preis der Imperialisten“ dafür erhalten, dass er „Osteuropa verkauft, die Rote Armee zerstört, alle Ressourcen den Vereinigten Staaten und die Masseninformationsmittel den Zionisten überreicht“ habe. Durch die „Vernichtung des Marxismus-Leninismus“ sei das „Land zum Betteln“ gezwungen.⁴

Angesichts dieses krassen Gegensatzes zwischen der internationalen Bewunderung und dem innergesellschaftlichen Spott schickte Gorbatschow den Stellvertretenden Außenminister Anatolij Kovalev (1932–2002) am 10. Dezember 1990 zur Preisübergabe nach Oslo. Die übliche Nobelpreisrede hielt er selbst erst im Juni 1991. Dann nutzte Gorbatschow die große internationale Bühne noch einmal, um trotzig sein „persönliches Credo, die Rolle der Perestroika und des Neuen Denkens, vor aller Welt zu bekunden“. Emphatisch erklärte er, dass Frieden nunmehr „die Höherentwicklung von der einfachen Koexistenz zur Zusammenarbeit und zum Schöpfungstum der Staaten und Völker“ bedeute.⁵

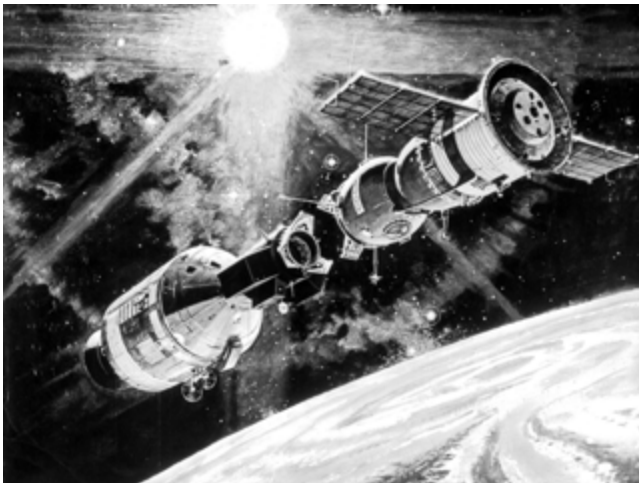
1 Christian Schmidt-Heuer: Keine Atempause für Gorbatschow, in: Die ZEIT, Nr. 43/1990, <https://www.zeit.de/1990/43/keine-atempause-fuer-gorbatschow> [Stand: 08.09.2020].

2 Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 755.

3 Schmidt-Heuer (wie Anm. 1).

4 Zit. n. William Taubman: Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit, München 2018, S. 673.

5 Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 756.



Begegnung im Weltall: Die amerikanische Apollo-Kapsel (l.) und die sowjetische Sojus unmittelbar vor der Koppelung in der Erdumlaufbahn, 15. Juli 1975. Das Apollo-Sojus-Unternehmen war das spektakulärste Gemeinschaftsunternehmen der beiden Supermächte USA und UDSSR mitten im Kalten Krieg.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Heinz Röhnert



Begegnung der Astronauten Alexej Leonov (r.) und Donald Slayton (l.) im Verbindungstunnel der beiden Raumfahrzeuge nach der geglückten Koppelung, 15. Juli 1975.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Weltbild Löppert

Hinter diesen hehren Worten stand die schmerzliche Einsicht, dass die sowjetische Wirtschaft trotz aller verzweifelten Reformanstrengungen einfach nicht in die Erfolgspur kommen wollte und das gesamte Land 1991 drohte, in einen Versorgungsnotstand und Bürgerkrieg zu stürzen. Der „Erfolg einer neuen globalen Welt“ sei deshalb von einem „groß angelegten, gemeinsamen Aktionsprogramm“ abhängig, mit dem die einflussreichen Industriestaaten der schwer angeschlagenen Sowjetunion helfen müssten, sich aus der sich zuspitzenden Systemkrise zu befreien.⁶

Aufgerieben zwischen den ständigen Kämpfen sowohl mit kommunistischen Hardlinern als auch mit den vorsehenden Radikaldemokraten um Boris Jelzin (1931-2007), agierte Gorbatschow zunehmend als Getriebener und Bittsteller. Seine engsten Weggefährten und andere Staatsmänner nahmen ihn als niedergeschlagen und ausgelaugt wahr. Sein Sicherheitsberater Anatolij Černjaev (1921-2017) schrieb im März 1991 in sein Tagebuch, dass der intellektuell sichtlich erschöpfte Gorbatschow immerfort nur dasselbe wiederhole und kaum mehr in der Lage sei, ernsthaft neu über Außenpolitik nachzudenken.⁷ Der Friedensnobelpreisträger Gorbatschow hatte 1991 nur noch wenig gemein mit dem vor Selbstvertrauen und Optimismus strotzenden neuen Parteichef, der im März 1985 in den Kreml einzog, als die Welt sehnlich auf ein Ende der weltpolitischen Konfrontation hoffte.

6 Ebd., S. 757.

7 Taubman (wie Anm. 4), S. 675.

Die Krise der Entspannungspolitik

Nach ihrem Höhepunkt mit den beiden SALT-Verträgen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war die Entspannungspolitik der 1970er Jahre mit dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan Ende 1979 in den sogenannten Zweiten Kalten Krieg umgeschlagen.⁸ Diese Wende in der internationalen Politik hatte sich schon vorher abgezeichnet. Als am 17. Juli 1975 ein amerikanisches Apollo- und ein sowjetisches Sojus-Raumschiff in der Erdumlaufbahn aneinander ankoppelten, um der irdischen Entspannungspolitik eine technologische Krone aufzusetzen, blieb die politische Wirkung dieses symbolträchtigen Rendezvous im All begrenzt. Viele Kommentatoren ließen sich von diesem kosmischen Spektakel nicht in die Irre führen. Der Spiegel bezeichnete das „überirdische Zusammentreffen“ der amerikanischen Astronauten und sowjetischen Kosmonauten als „eher unterirdisch: als hätten fünf psychedelisch angehauchte Kanalarbeiter ihren Stammtisch tatsächlich in die Kanalisation verlegt, um dort nun ein ziemlich verrücktes Fest zu feiern. Die weltferne Entspannungsgymnastik der Raumschiffe Apollo und Sojus

8 Oliver Bange/Gottfried Niedhart (Hg.): Helsinki 1975 and the Transformation of Europe, New York 2008; Matthias Peter/Hermann Wentker (Hg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975 bis 1990, München 2012; Gottfried Niedhart: Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975, München 2014; Wilfried Loth: Die Rettung der Welt. Entspannungspolitik im Kalten Krieg 1950-1991, Frankfurt am Main 2016.

hat zuweilen etwas von der Freudlosigkeit des letzten Tangos gehabt.“⁹

Während der folgenden Jahre eskalierte der Ost-West-Konflikt erneut. Die 1977 verabschiedete neue sowjetische Verfassung schrieb die „Stärkung der Positionen des Weltsozialismus“ und „die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen“ als außenpolitische Aufgabe fest. Die Sowjetunion band immer mehr Staaten der Dritten Welt mit Freundschaftsverträgen an sich und mischte sich mit ihren Bündnispartnern aktiv in zahlreiche regionale Konflikte ein, so z.B. in Afghanistan, in Angola, am Horn von Afrika und in Nicaragua. In den späten 1970er Jahren gab es auf der Welt schließlich schon sechzehn Staaten mit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.¹⁰ Damit lieferte Moskau allen Kritikern argumentative Munition, die davor warnten, die Sowjetunion habe die Entspannungspolitik in Europa nur inszeniert, um im politischen Windschatten der SALT- und KSZE-Prozesse ihre Aufrüstung und ihren weltrevolutionären Expansionismus voranzutreiben.¹¹

Der Zweite Kalte Krieg (1979-1984)

Weiterer Streit entbrannte wegen der seit Mitte der 1970er Jahren anstehenden Modernisierung der Nukleararsenale. Eine neue Generation von Jagdbombern und Mittelstreckenraketen war mit viel Geld entwickelt worden. Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs drängten die Rüstungsvertreter darauf, diese neuen Waffensysteme in den Streitkräften einzuführen. Westliche Sicherheitsexperten sahen in der Aufstellung der mobilen SS-20-Mittelstreckenraketen aber keine Modernisierung, sondern eine Aufrüstung der Roten Armee, durch die das strategische Gleichgewicht in Europa nachhaltig verändert würde. Die politische Antwort der NATO war der sogenannte Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979. Während die NATO dem Warschauer Pakt Verhandlungen über eine beidseitige Begrenzung atomarer Mittelstreckenraketen anbot, kündigte sie zugleich an, bei ausbleibendem Verhandlungserfolg eine neue Generation amerikanischer Mittelstreckenraketen (*Pershing II*) und Marschflugkörper (*Cruise Missiles*) nach Westeuropa zu bringen. Die Moskauer Militärfachleute



Amerikanische Pershing II in Abschussstellung in Deutschland, 5. Juni 1981
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Sven Simon



Ehemalige KZ-Häftlinge und Widerstandskämpfer, die 1983 zusammen mit uniformierten Soldaten der Bundeswehr an einem Demonstrationszug zur Erinnerung an die „Machtergreifung“ durch die Innenstadt Münchens teilnehmen und gegen den Nachrüstungsbeschluss demonstrieren.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Fritz Neuwirth

9 Letzter Tango im All, in: Der Spiegel vom 21.7.1975, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41458280.html> [Stand: 08.09.2020].

10 Archie Brown: Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin 2009, S.17.

11 Odd Arne Westad: The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of our Times, Cambridge 2007, S. 207-287; Andreas Hilger: Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991, München 2009.

deuteten diese Stationierung als Versuch des Westens, einen atomaren Erstschlag vorzubereiten. Im Zuge der Nachrüstungskrise war das „nukleare Erbsenzählen“¹² zur Politik geworden und bestimmte das strategische Denksystem der Sicherheitseliten in Ost und West.¹³

Die Angst vor einem Atomkrieg wuchs, als der neokonservative Hardliner Ronald Reagan (1911-2004) 1981 ins Weiße Haus einzog. Er erklärte im März des Jahres 1983 die Sowjetunion zum „Imperium des Bösen“ und stellte damit ihr Existenzrecht grundsätzlich in Frage. Zudem meinte Reagan, die Welt mit seinem SDI-Programm (*Strategic Defense Initiative*) beglücken zu müssen. Bei dieser als „Star Wars“ in die Geschichte eingehenden Rüstungsoffensive handelte es sich um den Aufbau eines weltraumgestützten Abwehrschirms, der – so Reagan – „uns vor Atomraketen schützen könnte, genau wie ein Dach eine Familie vor Regen schützt.“ Das hörte sich schön an; allerdings nahm der Kreml SDI als massive Verletzung zahlreicher wichtiger Verträge und als Versuch wahr, die Sowjetunion mit der Digitalisierung der Kriegstechnik in einen ruinösen Rüstungswettlauf zu zwingen, in dem die sozialistische Supermacht angesichts des evidenten Rückstands in zukunftssträchtigen Hochtechnologiebereichen auf Dauer nicht bestehen könnte.¹⁴

Die sich so zuspitzende Bedrohungskommunikation führte zu einer Hypernervosität, die im gefährlichen Jahr 1983 hochbrisante Situationen heraufbeschwor. Zuvor provozierte sowjetische Abfangjäger schossen im September 1983 versehentlich das südkoreanische Passagierflugzeug KAL 007 mit 269 Menschen an Bord ab, weil sie es für ein US-Spionageflugzeug hielten.¹⁵ Das zwei Monate später stattfindende NATO-Manöver *Able Archer*, das mit hohem Realitätsgrad und strenger Geheimhaltung einen Atomkrieg



Ansprache Reagans vor US-Soldaten im amerikanischen Militärstützpunkt Camp Liberty in Südkorea, 1. Januar 1983
Foto: ullstein bild/AP

simulierte, führte auf Seiten des Warschauer Pakts dazu, Truppenverbände in Alarmbereitschaft zu versetzen. Die NATO-Führung hielt Reagan dazu an, demonstrativ einen Kurzurlaub auf seiner Ranch zu machen, um zu vermeiden, dass die Sowjets *Able Archer* als Vorbereitung für einen möglichen Angriffskrieg interpretieren könnten.¹⁶ In seiner Erinnerung schrieb Reagan später, er habe damals erkannt, wie groß die Besorgnis im Kreml vor einem nuklearen Erstschlag der NATO gewesen sei. Daraufhin zügelte er sein „rhetorisches Temperament“ und bemühte sich fortan mit gemäßigten Tönen, die angespannte Lage nicht noch weiter eskalieren zu lassen.¹⁷ Dieser Gesinnungswandel war nicht zuletzt auch Folge der veränderten gesellschaftlichen Stimmung. Während 1980 noch 56 Prozent der befragten US-Bürger und -Bürgerinnen den Anstieg der Rüstungsausgaben befürwortet hatten, war dieser hohe Zustimmungswert 1984 auf nur noch 15 Prozent gefallen. Die Friedensbewegungen erhielten im Westen wachsenden Zulauf und übten damit

12 Eckart Conze: Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 7 (2010), H. 2, <https://zeithistorische-forschungen.de/2-2010/4437>, <https://doi.org/10.14765/zzf.dok-1745> [Stand 11.09.2020], Druckausgabe: S. 220-239, hier S. 228.

13 Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011; Leopoldo Nuti u.a. (Hg.): The Euromissile Crisis and the End of the Cold War, Stanford 2015; Andreas Lutsch: Westbindung oder Gleichgewicht? Die nukleare Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Atomwaffensperrvertrag und NATO-Doppelbeschluss, Berlin 2020.

14 Frances Fitzgerald: Way Out There in the Blue: Reagan, Star Wars and the End of the Cold War, New York 2001; Ralph L. Dietl: The Strategic Defense Initiative. Ronald Reagan, NATO Europe, and the Nuclear and Space Talks, 1981-1988, Lanham 2018; P. Edward Haley/Jack Merritt (Hg.): Strategic Defense Initiative. Folly Or Future?, London 2019.

15 Georg Schild: 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges, Paderborn 2013.

16 Vojtech Mastny: Able Archer. An der Schwelle zum Atomkrieg?, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 505-522; David E. Hoffman: The Dead Hand. The Untold Story of the Cold War Arms Race and Its Dangerous Legacy, New York 2010, S. 72-100; Mark Kramer: Die Nicht-Krise um Able Archer 1983. Fürchtete die sowjetische Führung tatsächlich einen atomaren Großangriff im Herbst 1983?, in: Oliver Bange/Bernd Lemke (Hg.): Wege zur Wiedervereinigung. München 2013, S. 129-151.

17 Ronald Reagan: Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben, Berlin 1990, S. 598 u. 618-620. Vgl. auch Beth Fischer: The Reagan Reversal, New York 2007.



Lech Walesa auf der Danziger
Schiffwerft am 16. Juni 1983
Foto: Foto: picture alliance/AP
Photo/Fotograf: Jacques Langevin

gesellschaftlichen Druck auf die Regierung aus, um von der Hoch- wieder auf eine Abrüstungspolitik einzuschwenken.¹⁸

Imperiale Überdehnung

Die Sowjetunion befand sich Anfang der 1980er Jahre in der schwierigen Lage einer imperialen Überdehnung. Die Aufrechterhaltung des Supermachtstatus, der durch die Modernisierung der Waffenarsenale und durch aktives weltpolitisches Engagement erreicht worden war, bürdete dem Land hohe Rüstungslasten auf und hielt Moskau dazu an, sein politisches Ansehen in Konflikten in der Dritten Welt aufs Spiel zu setzen. Mitte der 1980er Jahre investierte die Sowjetunion ähnlich viel Geld in die Rüstung (260 zu 290 Mrd. Dollar) wie die USA, das aber bei einer deutlich geringeren Wirtschaftsleistung, die damals – je nach Schätzung – die Hälfte oder gar nur ein Drittel des Vergleichswerts des US-Vergleichswerts betrug.¹⁹ Die sowjetische Rüstungsindustrie beschäftigte 1985 sieben Millionen Menschen und damit zwölf Prozent aller Erwerbstätigen im industriellen Bereich, darunter viele mit einem Hochschulabschluss.²⁰ Spötter meinten daher, die USA habe einen militärisch-industri-

ellen Komplex, die Sowjetunion aber sei ein militärisch-industrieller Komplex.²¹

Zugleich führten seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die immer mehr durchschlagenden Innovations-, Kreativitäts- und Produktivitätsprobleme zu einer akuten Wachstumsschwäche der sowjetischen Volkswirtschaften. Als mit Beginn der 1980er Jahre die Energie- und Rohstoffpreise weltweit einbrachen und die Sowjetunion durch den Öl- und Gasexport immer weniger dringend benötigte Devisengewinne erwirtschaften konnte, verstärkte sich dieser ökonomische Abwärtstrend merklich. Die sich ausweitende Technologie- und Wachstumslücke erforderte die Einfuhr westlichen Knowhows, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Dazu mussten die Beschränkungen des blockübergreifenden Technologietransfers unbedingt beseitigt werden. Das allerdings setzte deutlich verbesserte Ost-West-Beziehungen voraus.²² Weil die weltpolitische Expansion mit einer wirtschaftlichen Stagnation einherging, entwickelte sich die Sowjetunion im Modus der Überanstrengung zunehmend zu einer „verarmten Supermacht“.²³

18 Douglas C. Waller: Congress and the Nuclear Freeze. An Inside Look at the Politics of a Mass Movement, Amherst 2010; William M. Knoblauch: Nuclear Freeze in a Cold War. The Reagan Administration, Cultural Activism, and the End of the Arms Race, Amherst 2017.

19 Bernd Stöver: Der Kalte Krieg: 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, S. 440.

20 Yvan Vanden Berghe: Der Kalte Krieg 1917–1991, Leipzig 2002, S. 318.

21 Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Claudia Weber (Hg.): Ökonomie im Kalten Krieg, Hamburg 2010; Dieter Kollmer (Hg.): Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg. Freiburg 2015.

22 Hanns-Dieter Jacobson: Das Koordinationskomitee für Multilaterale Exportkontrollen, in: Greiner/Müller/Weber (wie Anm. 21), S. 416–437.

23 Seweryn Bialer: Der hohle Riese. Die Sowjetunion zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Düsseldorf 1987; Henry Bowen/Charles Wolf (Hg.): The Impoverished Superpower. Perestrojka and the Burden of Soviet Military Spending, San Francisco 1990.



Lech Walesa, polnischer Gewerkschaftsführer, bei einer Audienz im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. am 15. Januar 1981
Foto: picture alliance /ASSOCIATED PRESS/AP

Polen als Fanal

Wie sehr die Wirtschaftskrise die Autorität des sozialistischen Parteistaats untergrub, ließ sich in Polen beobachten. Hier war es schon 1956, 1968 und 1970 zu großen Arbeiteraufständen und Studentenunruhen gekommen. Als weder die erhoffte ökonomische Modernisierung noch die erfolgreiche Integration in die Weltwirtschaft gelingen wollten, saß Polen mit seinem auf verstärkten Außenhandel setzenden Wachstumsmodell schließlich in der Schuldenfalle. Der finanzielle und ökonomische Spielraum verengte sich spürbar. Es kam zu regelmäßigen Stromabschaltungen, ersten Rationierungen und zu schmerzlichen Preiserhöhungen, die zu großem Unmut führten.²⁴

Im Oktober 1978 ernannte der Vatikan den Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła (1920-2005) zum ersten polnischen Papst. Dessen Botschaft „Fürchtet Euch nicht, und verändert das Angesicht der Erde“ verstanden viele als Aufforderung, verstärkt für ihre Rechte und Interessen öffentlich einzutreten. Unermüdlich wiederholte der neue Papst den aus dem kommunistischen Wörterbuch entlehnten Begriff der „Erneuerung (*odnowa*)“, um unter dem Label der „moralischen und sozialen Erneuerung“²⁵ die Impera-

24 Andrzej Friszke: Polen. Geschichte des Staates und der Nation, Berlin 2009, S. 357-361 u. 441-444; Besnik Pula: Globalization under and after Socialism. The Evolution of Transnational Capital in Central and Eastern Europe, Stanford 2018, S. 74-78 u. 85-88.

25 Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München 1990, S. 47. Vgl. auch Stefan Samerski: Teufel und Weihwasser. Der Papst und die Erosion des Kommunismus, in: Osteuropa 59 (2009), Nr. 2-3, S. 183-193.



Auf der Balustrade des Lenin-Mausoleums in Moskau nimmt die politische Führungsspitze der Sowjetunion am 1. Mai 1983 die Parade zum Tag der Arbeit ab. In der Mitte (5.v.l.-r) Verteidigungsminister Mitri Ustinow, Parteichef Juri Andropow (Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU), Ministerpräsident Nikolai Tichonow, Viktor Grischin, Außenminister Andrej Gromyko und Michail Gorbatschow
Foto: picture-alliance /dpa/Tass

tive des Wandels zu predigen. Mit der von der Danziger Lenin-Werft ausgehenden Streikbewegung erhielt das gesellschaftliche Aufbegehren in Polen schließlich im Jahr 1980 eine neue Qualität. Der Parteistaat sah sich zum Einlenken gezwungen und musste erstmals in einem kommunistischen Land unabhängige Gewerkschaften mit Streikrecht und Zugang zu den Massenmedien anerkennen. Der neu registrierten Arbeiterorganisation *Solidarność* (Solidarität) traten innerhalb weniger Monate zehn Millionen polnische Bürgerinnen und Bürger bei, darunter auch eine Million Parteimitglieder, die offensichtlich das Vertrauen in den kommunistischen Apparat verloren hatten. Nachdem bei den anderen osteuropäischen Parteiführern die Angst um sich gegriffen hatte, der polnische Protestvirus könne auf ihr Land überspringen, verhängte der Warschauer Regierungschef Wojciech Jaruzelski (1923-2014) im Dezember 1981 den Kriegszustand. Doch die mit repressiven Maßnahmen beabsichtigte Zerschlagung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* und die Unterdrückung des Unmuts misslangen. Die polnische Wirtschaft und Politik gewannen in den 1980er Jahren keine Stabilität mehr.²⁶

26 Hartmut Kühn: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980-1990, Berlin 1999; György Dalos: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009, S. 32-97; Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019, S. 61-94.

Gorbatschows Aufstieg auf die internationale Bühne

Die zunächst in Polen evident werdende Legitimationskrise des „realexistierenden“ Sozialismus ging mit einem lang hinausgezögerten Generationswechsel im sowjetischen Machtzentrum einher. In Moskau waren zwischen November 1982 und März 1985 mit Leonid Breschnew (1906-1982), Jurij Andropow (1914-1984) und Konstantin Tschernenko (1911-1985) gleich drei Parteibosse der alten Garde tot aus dem Kreml getragen worden. Dies zeigte die Vergreisung von Partei und System. Die Wahl des damals 54-jährigen Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU signalisierte im März 1985 Aufbruch und Wandel. Der neue Mann im Kreml hatte eine mustergültige Parteikarriere vorzuweisen. Er stammte aus der im Süden Russlands gelegenen Agrarregion Stawropol. Nach seinem Studium in Moskau übernahm er zunächst in seiner Heimat wichtige Parteiämter, um 1970 nach Moskau zu gehen. Dort machte er als Landwirtschaftsexperte auf sich aufmerksam und stieg dank der Protektion durch den langjährigen Geheimdienstchef Andropow 1980 ins Politbüro, in das oberste Machtgremium der Partei, auf. Während seiner Karriere unternahm Gorbatschow zwar einige Auslandsreisen, unter anderen in die Bundesrepublik Deutschland, nach Kanada und Großbritannien. Darüber hinaus hatte er aber keine größeren Erfahrungen auf dem diplomatischen Parkett erworben. Seine außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten erwiesen sich als stark eingegrenzt, weil die auswärtigen Angelegenheiten bis 1985 ganz in den Händen von Andrej Gromyko (1909-1989) lagen. Dieser leitete das Moskauer Außenministerium schon seit 1957 und war wegen seiner rigorosen Ablehnung zahlreicher internationaler Vorschläge als „Mister Nyet“ bekannt.

Allerdings nutzte Gorbatschow jedwede Möglichkeit, sich mit außenpolitischen Themen bekannt zu machen. Er las aufmerksam die sogenannten „Weißbücher“. Dabei handelte es sich um Übersetzungen ausländischer politischer Literatur, deren Lektüre nur einem kleinen Kreis von hochrangigen Parteifunktionären und Wissenschaftlern erlaubt war. Ferner knüpfte Gorbatschow Kontakte zu reformorientierten Experten für Außenpolitik, um sich von ihnen über die Weltwirtschaft und die internationalen Beziehungen informieren zu lassen. Schon vor seinem Einzug in den Kreml scharte er einen Kreis von kritischen Geistern um sich, deren Ideen bislang ohne Einfluss geblieben waren.²⁷

27 Taubman (wie Anm. 4), S. 310 f.



Die britische Premierministerin Margaret Thatcher und Michail Gorbatschow in London, 1984

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

Führenden westlichen Politikern und Politikerinnen waren Gorbatschows Aufgeschlossenheit und Kommunikationsfähigkeit nicht entgangen. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher (1925-2013) zeigte sich 1984 nach einem persönlichen Treffen beeindruckt und erklärte, mit ihm könne der Westen außenpolitisch „ins Geschäft kommen“. Im gleichen Jahr führte auch der französische Präsident François Mitterrand (1916-1996) bei seinem Staatsbesuch in Moskau mit Gorbatschow eine eher privat gehaltene Unterredung und gewann dabei ein ähnliches Bild. Als der US-Vizepräsident George Bush (1924-2018) im März 1985 an der Begräbnisfeier von Tschernenko in Moskau teilnahm und dort Gorbatschow traf, schilderte er den neuen Mann im Kreml als interessierten Gesprächspartner, von dem Veränderungen zu erwarten seien.²⁸

Bei seinen ersten großen Reden zur internationalen Lage sprach Gorbatschow schon 1985 vorsichtig von einem „Neuen Denken“²⁹ und deutete damit an, dass er die Dinge angesichts der festgefahrenen sowjetischen Außenpolitik verändern wollte. Allerdings fehlte es ihm zunächst an einem klaren Aktionsplan. Zudem musste Gorbatschow unmittelbar nach seinem Amtsantritt auf der Hut sein. Zum einen war er sich nicht sicher, wie sein

28 John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, S. 284; Melvyn P. Leffler: For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War, New York 2007, S. 364 f.; György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht, München 2011, S. 69 u. 79.

29 Vgl. seine Rede auf dem Gipfeltreffen der Warschauer-Pakt-Staaten in Warschau am 26. April 1985 in: Stefan Karner u.a. (Hg.): Der Kreml und die Wende 1989, Innsbruck 2014, S. 91-110.

Kontrahent Reagan seine 1985 beginnende zweite Amtszeit im Weißen Haus zu gestalten dachte. Zum anderen brauchte Gorbatschow einen Kaderwechsel, um mit einem von ihm zusammengestellten Team den bisherigen dogmatischen Ansatz der sowjetischen Außenpolitik überwinden zu können. Ende Juni 1985 complimentierte Gorbatschow Gromyko aus dem Außenministerium heraus in das rein repräsentative Amt eines politisch bedeutungslosen Staatsoberhauptes. Statt eines langjährigen Diplomaten berief Gorbatschow überraschend den georgischen Parteichef Schewardnadse zum Außenminister. Der neue Mann sorgte sogleich für frischen Wind und verstand sich als wichtiger Mitspieler im außenpolitischen Stab, den Gorbatschow im Kreml um sich versammelte.³⁰

Die Grundlagen des „Neuen Denkens“

Diese neue Konstellation ermöglichte es, dass Gorbatschow seine Grundsätze des „Neuen Denkens“ fortan in praktische Außenpolitik umsetzen konnte, um die Blockade bei den Abrüstungsverhandlungen zu durchbrechen. In seinen ersten Interviews mit westlichen Medien erklärte er, die Menschheit stehe am Scheideweg, weil die mit Nuklearkraften hochgerüstete Welt für „Krieg und eine Politik der Stärke viel zu zerbrechlich“ geworden sei. Das „infernalische Räderwerk des Wettrüstens“ habe Bedingungen dafür geschaffen, dass sich die Menschheit aus Versehen selbst jederzeit selbst könne. Deshalb müsse die Tradition, internationale Konflikte mit Gewalt zu lösen, endlich überwunden werden. Derartige Friedensüberlegungen waren keineswegs neu; sie boten Gorbatschow aber den ideologischen Deckmantel, um einen außenpolitischen Kurswechsel vorzubereiten. Hinter den verschlossenen Türen des Politbüros erklärte Gorbatschow schon im Mai 1985, dass ihm die Entspannungspolitik der 1970er Jahre längst nicht weit genug gegangen sei. Der „Gang der Geschichte“ erfordere ein neues Herangehen, um die internationalen Beziehungen in die Richtung eines „schöpferischen Zusammenwirkens aller Staaten“ über ideologischen Grenzen hinweg zu lenken. Der Kreml müsse darum mutig und entschlossen den schon begonnenen Dialog über die ökonomische Zusammenarbeit sowie die gemeinsame Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vorantreiben, um die internationale Isolation aufbrechen und die Sowjetunion wieder in den allgemeinen Strom der Zeit hinein manövrieren zu können.³¹

Im Unterschied zu seinen Vorgängern war Gorbatschow nicht von einer paranoiden Angst vor einer Bedrohung durch den Westen geprägt, die aus dem Überfall der Wehrmacht 1941 auf die Sowjetunion herrührte. Statt mit tiefsitzendem Misstrauen immer nur „*worst case scenarios*“ durchzuspielen und deren Verhinderung als die Aufgabe der Außenpolitik zu sehen, richtete Gorbatschow sein „Neues Denken“ auf der Grundlage von gegenseitigem Vertrauen und Ausgleich vielmehr an einem „*best case scenario*“ aus. Dabei folgte er konsequent der Überzeugung, seine Politik mit moralischen Vorstellungen zu verbinden und den Menschenrechten die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Als im Frühjahr der 27. Parteitag ein neues Parteiprogramm verabschiedete, war zwischen dessen Zeilen die Abkehr von der bisherigen Außenpolitik kaum zu überlesen. Die Hoffnungen auf einen Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab schienen verfliegen. Vom Ein- und Überholen der USA war angesichts des wachsenden Rückstands der Sowjetunion in den Bereichen von Technologie und Lebensstandard keine Rede mehr. Die internationale Politik galt nicht mehr als auf die Weltbühne projizierter Klassenkampf. Statt von Interessen einzelner Klassen und Nationen sprach Gorbatschow von „Weltinteressen“, von „allgemeinmenschlichen Werten“ und vom „humanistischen Auftrag“, dem sich alle politisch Verantwortlichen verpflichtet fühlen müssten, um durch maximale Kooperation das bisher dominierende Konfrontationsdenken mit seinen fortschritthemmenden Routinen von Embargo und Boykott zu überwinden. Die durch Hochrüstung demonstrierte militärische Macht habe der Welt mehr Schaden als Nutzen gebracht und sie an den Abgrund eines Nuklearkriegs geführt. Die Neukonzeption einer „moralischen Außenpolitik“ – so das zentrale Argument des „Neuen Denkens“ – erfolgte nicht unter dem Zwang der eigenen Schwäche, sondern vielmehr aus der Erkenntnis, dass der vom Kreml aus initiierte Abbau der weltpolitischen Feindschaft das Ansehen der Sowjetunion und damit den Supermachtstatus stärken würde. Gorbatschows Team wollte die internationale Politik nicht mehr als Nullsummenspiel verstanden wissen, bei der eine Seite nur auf Kosten der anderen gewinne. Stattdessen ging die Neudefinition auswärtiger Interessen von einer Win-Win-Situation aus, bei der alle Staaten durch die Überwindung des unheilvollen Rüstungswettlaufs Frieden und Wohlstand sichern könnten.³²

30 Taubman (wie Anm. 4), S. 315–320; Archie Brown: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Großmacht, Frankfurt am Main 2000, S. 350–362.

31 Taubman (wie Anm. 4), S. 323.

32 Helmut Altrichter: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009, S. 319f. u. 326f.; Brown (wie Anm. 30), S. 362–370; Wolfgang Bernet/Helmut Dahm: „Neues Denken“ in der Außenpolitik der UdSSR. Mit Dokumentation, in: Berichte des Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1987/46.



Sog. „Kaminfeuer-Treffen“ der Regierungschefs der USA, Ronald Reagan, und der Sowjetunion, Michail Gorbatschow am 19. November 1985
Foto: Ronald Reagan Presidential Library photo

Genf im November 1985: Der Neustart der Gipfeldiplomatie

Schon einem Tag nach seinem Amtsantritt hatte Gorbatschow am 12. März 1985 die Wiederaufnahme der Rüstungskontrollverhandlungen vorgeschlagen und wollte darin auch die umstrittene Frage der Mittelstreckenraketen einbeziehen. Im weiteren Verlauf des Jahres gab es darum auf vielen Ebenen diplomatische Aktivitäten, die dazu dienten, dass Washington und Moskau nach Jahren der eingefrorenen Beziehungen wieder ernsthaft miteinander ins Gespräch kamen. Nachdem das letzte Gipfeltreffen des US-Präsidenten Jimmy Carter und des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew 1979 stattgefunden hatte, nahm die Gipfeldiplomatie mit der Begegnung zwischen Gorbatschow und Reagan sechs Jahre später in Genf einen neuen Anlauf. Bei diesem Treffen Ende November 1985 gab Gorbatschow sein Debüt auf der großen Weltbühne. Auf dem Genfer Gipfel kam es in den drängenden Streitfragen – wie von beiden Seiten erwartet – noch nicht zu politischen Durchbrüchen. Aber in einer offenen Diskussion erörterten beide Seiten die bestehenden Differenzen und erklärten sich übereinstimmend bereit, über vertrauensbildende Maßnahmen einen Ausgleich zu finden, um ihrer enormen Verantwortung für den Weltfrieden gerecht zu werden und den Kalten Krieg zu entschärfen.

Über die gegenseitige Versicherung guter Vorsätze und Absichten hinaus lag die Bedeutung des Genfer Gipfels vor allem in der deutlichen Verbesserung des Gesprächsklimas. Gorbatschow und Reagan führten ausgiebige Gespräche oftmals unter vier Augen, bei denen sie trotz aller Wortgefechte erkannten, dass der andere durchaus zum Nachdenken bereit war, um Missverständnisse und Konflikte auszuräumen. Der anfänglich nervöse Gorbatschow begann im Laufe des Gipfels, sichtlich selbstsicherer, entspannter und umgänglicher zu werden. Auf menschlicher Ebene schienen sich die Staatsoberhäupter der beiden rivalisierenden Supermächte näher zu kommen. Davon zeugte das offizielle Foto, das von den beiden nach dem sogenannten „Kaminfeuer-Treffen“ aufgenommen wurde. Während Reagan mit einem starken „Gefühl des Optimismus“ aus Genf abreiste, erkannte Gorbatschow, dass sein Washingtoner Gegenspieler wirklich auf dem Weg war, sich von einem entschlossenen Kalten Krieger allmählich in einen Entspannungspolitiker zu verwandeln.³³

.....
³³ Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 577-587; Reagan (wie Anm. 17), S. 668-678; Jeremy Isaacs/Taylor Downing: Der Kalte Krieg, München 1998, S. 359-363.



Historischer Raum im Gästehaus der Villa Höfði: Hier fand 1986 das Gipfeltreffen von Reykjavik (Island) zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow statt.

Foto: ullstein bild/imageBROKER/Fotograf: Stefan Auth

Oktober 1986: Der Beinahe-Durchbruch in Reykjavik

Im Jahr 1986 ging es darum, dem neuen Anfang in Genf politische Taten folgen zu lassen. Am 15. Januar 1986 präsentierte Gorbatschow öffentlich ein dreistufiges Programm zur Abschaffung der Atomwaffen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Der erste Schritt sah während der ersten fünf bis acht Jahre schon vor, die Hälfte aller bestehenden strategischen Nukleararsenale abzurüsten. Washington deutete diese Initiative als ein geschicktes Propagandamanöver mit einigen heiklen Punkten für die USA. Zugleich sahen Reagan und sein Außenminister George P. Shultz (*1920) darin ein Indiz dafür, dass der Kreml beabsichtigte, Voraussetzungen zu schaffen, damit das nächste Gipfeltreffen zu konkreten Verhandlungsergebnissen führen könnte.

Auf einen Vorstoß Gorbatschows hin fand die nächste Begegnung mit Reagan am 11. Oktober 1986 in der isländischen Hauptstadt Reykjavik auf halbem Weg zwischen Moskau und Washington statt. Geplant war ein persönliches Treffen ohne ausführliche Diskussionen, um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und das nächste

Gipfeltreffen in Washington vorzubereiten. Als sich Gorbatschow und Reagan mit ihren Delegationen zusammensetzten, entwickelte sich der mit beschränkten Hoffnungen gestartete Mini-Gipfel zu einer erstaunlichen Verhandlungsrunde. Nachdem beide Seiten Zugeständnisse beim Raketenpoker gemacht hatten, lag plötzlich ein umfassendes Abrüstungsabkommen auf dem Tisch, um innerhalb der nächsten Dekade eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen. Doch kurz vor dem friedenspolitischen Traumziel gerieten die Verhandlungen ins Stocken und scheiterten schließlich. Den Stolperstein stellte Reagans Weigerung dar, den sowjetischen Vorschlag zu akzeptieren, in den nächsten zehn Jahren die SDI-Tests auf Laboratorien zu beschränken. Während Reagan fortgesetzt darauf pochte, sein technologisches Lieblingsprojekt werde Atomwaffen obsolet machen, weil die USA ihr ehrgeiziges Star Wars-Programm mit der Sowjetunion bereitwillig teilen wolle, verwies Gorbatschow darauf, die USA würden sich aktuell sogar weigern, Ölförderanlagen, automatische Werkzeugmaschinen und Molkereiapparate in den Ostblock zu liefern. Die sowjetische Seite erhob SDI zu einer Grundsatzfrage und forderte ein Einlenken Washingtons, zumal es nicht mehr um einen grundsätzlichen Stopp des weltraumgestützten Abwehrrschirms ging, sondern lediglich um eingeschränkte Testverfahren, um die kostspieligen Entwicklungsarbeiten hinaus zu zögern und damit der Sowjetunion die Möglichkeit zu gewähren, technologisch nachzuziehen.

Der wegen Reagans Unnachgiebigkeit sichtlich enttäuschte Gorbatschow verzichtete am Ende aber darauf, die US-Seite in aller Öffentlichkeit dafür bloßzustellen, dass in Reykjavik die sich plötzlich bietende Jahrhundertchance nicht genutzt wurde. Stattdessen verkündete er, die Verhandlungsrunde sei ein Erfolg gewesen, weil die beiden Delegationen die Kompromissbereitschaft der anderen Seite hätten ausloten können. Um seinen innenpolitischen Kritikern keine Munition zu liefern und Washington unter Zugzwang zu stellen, erklärte Gorbatschow, in Zukunft dort weiter machen zu wollen, wo die Gespräche abgebrochen werden mussten, um so schon bald den langersehnten abrüstungspolitischen Durchbruch zu erreichen.³⁴ 🟩

► Fortsetzung folgt in Heft 4/2020.

.....
34 Leffler (wie Anm. 28), S. 392–395; Jack Matlock: Reagan and Gorbachev: How the Cold War Ended, New York 2004, S. 215–236; Vladislav M. Zubok: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill 2007, S. 292 ff.

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs

Titelbild: Massengymnastik in Nordkorea beim Arirang-Festival in Pjoengjang, 2012
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Olaf Schülke

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.
Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte
Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

